Rede von Hagen Klee zur Haushaltseinbringung 18.11.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

Die Forderung nach Vermögenssteuer,

einer vernünftigen Erbschaftsbesteuerung

und einer Finanztransaktionssteuer,

die für unser Gremium allesamt nicht zur Debatte stehen,

werden wir so oft wiederholen, bis wir sie haben oder wir aus dem Gremium ausscheiden. Die wirtschaftlichen Probleme der Kommunen liegen nicht im kommunalen Bereich, sondern auf Länder und Bundesebene.

Das vorneweg.

Die Gemeindeverwaltung hat unter großen Mühen einen hoffentlich genehmigungsfähigen Haushalt aufgestellt. Wie der Nachtragshaushalt 26, lässt der Haushalt für 27 klar das Bemühen um ausgewogene Verteilung der Belastungen erkennen. Man versucht erkennbar, das Wohl der Menschen, die soziale Ausgewogenheit und ökologische wie ökonomische Anforderungen unter einen Hut zu bringen.

Dies in wirklich respektabler Weise. Dafür, wie schon beim Nachtragshaushalt, unser Dank.

Dennoch bleibt es und da dramatisiere ich nicht übermäßig, ein Haushalt von Blut, Schweiß und Tränen.

Vieles wird gekürzt, gestrichen, klein gehalten.

Leistung werden reduziert, Stellen eingespart, die Aufgaben auf die übriggebliebenen verteilt, die Beschäftigten weiter belastet, Anforderungen verdichtet, Qualitätsverluste hingenommen, Angebote eingestellt.

Manches was ausdrücklich für den Haushalt 27 nicht angetastet wird, wurde im Nachtragshaushalt bereits belastet.

„Unverändert zu 2026“ bezieht sich also auf den Zustand nach dem Nachtragshaushalt.

Dort gab es aber großflächige Kürzungen um 15% (Sachmittel für Schulen zum Beispiel). Angesichts steigender Sachkosten sind das real Kürzungen.

Hier wird der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, langsam dürr und mürbe.

Das mag ein Schulbuch hier sein, ein geschlossenes Bürgerbüro da oder, ganz konkret die Erkenntnis, dass mehr wirtschaftliche als botanische Gründe entscheiden, welche Bäume gegossen werden und welche nicht.

Trotz des alarmierenden Baumzustandsbericht.

Und trotzdem, ist es so. Wir haben ein Defizit von fast 39 Mio Euro, das müssen wir gemeinschaftlich stemmen und dementsprechend werden die Belastungen auch verteilt.

Verteilt an Gemeindeverwaltung, Vereine, Verbände und am Ende immer die Zivilgesellschaft

Lediglich ein Mittel scheut man sich zu ergreifen, nämlich einer Erhöhung der Gewerbesteuer. Der Wunsch, die Wirtschaft nicht zu belasten, ist grundsätzlich nachvollziehbar.

Das ist aber eine feine Zurückhaltung, die wir angesichts der Situation derzeit für unangemessen halten, ließen sich mit einer Erhöhung um 20 von 100 doch Mehreinnahmen von 4 bis 5 Millionen Euro erzielen.

Derzeit liegen wir unter dem Landesmittel von 404v.H, das muss nicht sein.

Nachdem alle anderen Akteure in die Pflicht genommen werden, ist es nicht einzusehen, dass die Wirtschaft außen vor bleiben soll in den Anstrengungen.

Zumal ohnehin nur Firmen belastet würden, die auch Gewinne erzielen und manche Firmen durch die Grundsteuerreform sogar eine Entlastung erfahren haben

Deswegen, wie erwähnt, der gemeinsame Antrag mit den Grünen für den wir um Zustimmung bitten.

Danke